

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis 5 Mk. pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kanter, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Rössischen Platz 2.

Inserate: Die vier-spaltige Nonpareilzeile ober breiten Raum 4 Mk.
Arbeitervermittlungen 2 Mk. pro Zeile.
Verbandsanzeigen 75 Pf. pro Zeile.

Zum Verbandstage.

Noch nie hat einem unserer Verbandstage eine solche Fülle von Anträgen vorgelegen wie dem 12. Verbandstag, der am 5. Juni in Hamburg eröffnet wird. Die Menge der Anträge läßt auf ein lebhaft pulsierendes Verbandsleben schließen, das ist für alle Fälle erfreulich. Aus der nahen Produktion von Anträgen darf man jedoch nicht den Schluß ziehen, daß bei unseren Mitgliedern ein großer Drang für die Vornahme wirklich grundsätzlicher Änderungen unserer Organisationsrichtungen vorhanden wäre. Trübt wäre es allerdings, leugnen zu wollen, daß es auch in unserem Verband Gruppen von Mitgliedern gibt, deren heißes Bemühen darauf gerichtet ist, aus dem Deutschen Holzarbeiter-Verband etwas ganz anderes zu machen, als er bisher war, und ihn in den Dienst fremder Interessen zu stellen. Diese Gruppen sind äußerst rührig; sie haben sich eine über das ganze Reich erstreckende Verbindung geschaffen, und eine Reihe gleichlautender Anträge, die aus verschiedenen Gegenden eingelaufen sind, zeigen, daß planmäßig gearbeitet wird. Aber die lärmende Agitation, die von diesen Kreisen getrieben wird, kann über ihre Bedeutung und Stärke nicht täuschen. Sie werden dem Verbandstag ihren Stempel nicht aufdrücken, die Beschlüsse des Verbandstages werden schwerlich von dem Geist der kommunistischen Zellen beeinflusst sein.

Als man sich im Verbandsvorstand über den Zeitpunkt unterhielt, auf welchen der Verbandstag einzuberufen ist, wurde beiläufig der Wunsch Ausdruck gegeben, daß die Einberufung nur erfolgen müsse, um der Vorchrift des Statuts zu genügen. Entscheidungen von überragender Bedeutung seien eigentlich kaum zu fassen. Man könnte dieser Meinung sein, obwohl damals schon zu erwarten stand, daß Anträge gestellt werden würden, unseren Verband nach Moskau zu orientieren. Der Verbandstag wird sich über dieses Thema auseinandersetzen haben; aber was dabei herauskommen wird, läßt sich leicht voraussagen; die Grundlagen des Verbandes, seine Zwecke und Ziele werden keine Änderung erfahren. Die Ausprache über das Thema: „Moskau oder Amsterdam“ auf dem Verbandstag kann nichts schaden, aber dieses Thema hat nicht die Bedeutung, daß man sagen könnte, seine Behandlung allein rechtfertige die Einberufung der obersten Verbandsvertretung. Das gleiche gilt auch für eine Reihe anderer Anregungen, die unter Anerkennung der Grundgedanken der Organisation deren Ausbau bezwecken. Darunter befinden sich manche recht gute Gedanken, deren Erörterung wertvoll und deren Durchführung nützlich wäre. Könnte man aber frei entscheiden, dann ist es dem sehr zweifelhaft, ob man sich entschlossen hätte, dieser Fragen wegen einen Verbandstag einzuberufen.

Dabei ist es aber doch ganz gut, daß die Sagen die Absolutung eines Verbandstages in regelmäßigen Zwischenräumen vorschreiben. Nicht nur, weil damit Gelegenheit gegeben ist, mehr oder minder wichtige Fragen, die in der Zwischenzeit aufgefaßt sind, zur Entscheidung zu bringen. Es können sich auch in der Zeit zwischen der Einberufung und dem Stattfinden des Verbandstages Dinge ereignen, die es als eine glückliche Fügung erscheinen lassen, daß der Verbandstag bereits einberufen ist. Dieser Fall liegt jetzt vor. Die Frage von überragender Bedeutung, die den Verbandstag in Hamburg beherrschen wird, dürfte die Stellungnahme zum Reichstaxtarif sein.

Wie sich die Dinge mit dem Reichstaxtarif entwickelt haben, ist den Kollegen aus unseren fortlaufenden Veröffentlichungen bekannt. Die Verträge für die Hauptgruppen unserer Verbandsmitglieder wurden von den Unternehmern zum Ablauf am 15. Februar 1921 gekündigt. Bei Beginn des Jahres wurde mit den Verhandlungen über einen neuen Reichstaxtarif begonnen, der auf breiter Grundlage abgeschlossen werden soll. Zu dem Zweck haben sich die Arbeitgeberverbände kartelliert. Die Reichsberufs-Fachgruppe Möbelindustrie und Tischlergewerbe, die uns als Vertragspartner gegenübertritt, ist ein innerlich sehr wenig gefestigtes Gebilde. Da sind die im sogenannten Erfurter Kartell vereinigten Arbeitgeberorganisationen, die das föderalistische Prinzip vertreten, das heißt, weitgehende Selbstständigkeit der einzelnen Betriebe. Das ist aber schließlich der einzige Punkt, in dem sie gleichen Sinnes sind, im einzelnen gehen die Meinungen recht weit auseinander. Zu der Reichsberufs-Fachgruppe gehört aber auch der Arbeitgeber-Schutzverband, der in langjähriger Vertragserfahrung, die Vorteile der zentralen Regelung kennengelernt hat und der nur widerwillig mit seinen „Freunden“ am gleichem Strang zieht. Dazu kommen als dritte Gruppe die Berliner Verbände, bei denen es auch, nach dem Prinzip ist, zu wollen als die anderen. Diese Charakteristika des Vertragspartners gibt jeweils die Erklärung dafür, daß die Verhandlungen so langem Konstaten geben.

Wiederholt gab es Stockungen. Versüßter sind die alten Verträge, die wiederholt, schließlich bis zum 31. März verlängert waren, abgelaufen und nun wieder erneuert worden. Ein Moment, das gleichfalls wesentlich zur Verzögerung der Verhandlungen beiträgt, ist die schlechte Wirtschaftslage. Die Unternehmer glauben, sie auszuweichen zu können, um ihre Verschlechterungen aufzuzwingen, deren Abwehr die Verhandlungen nicht gerade verkürzt. Daß die Regelung durch die Schaffung eines Reichsmanteltarifs und die Vereinbarung der materiellen Bedingungen durch Be-

zirks- und Landesverträge an sich eine Verschlechterung gegenüber dem bisherigen Zustand bedeutet, kann man nicht gerade sagen. Die Methode bedeutet aber einen Rückschritt, oder richtiger gesagt, die Verzögerung eines Fortschritts. Der Verbandstag wird die Verständigung der Vertragsform wegen nicht scheitern lassen; auf den Inhalt kommt es an. Der Inhalt des Reichsmanteltarifs soll dem Verbandstag zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Aber diesen Inhalt läßt sich aber in diesem Augenblick noch nicht viel sagen, denn die Durchberatung des Reichsmanteltarifs ist noch nicht beendet. In den Tagen vom 19. bis 23. Mai wurde wieder in Berlin verhandelt, aber wichtige Punkte konnten noch nicht erledigt werden. Am 30. Mai will die Kommission noch einmal zusammentreten. Wenn alles gut geht, kann dort, im letzten Augenblick vor unserem Verbandstag, der Reichsmanteltarif fertiggestellt werden. Optimisten in unserer Verhandlungskommission hoffen, daß es gelingen wird. Wenn sie recht behalten, haben wir dann den Reichsmanteltarif, aber noch nicht die Bezirksstarke, durch welche der materielle Inhalt der Verträge, also insbesondere die Löhne, festgelegt werden sollen. Wie lange eventuelle Verhandlungen über diese Bezirksstarke dauern werden, läßt sich unmöglich voraussagen. Sie können aber erst aufgenommen werden, wenn die am Verträge beteiligten Organisationen dem Reichsmanteltarif zugestimmt haben. Das läßt sich jedoch durchaus nicht mit Sicherheit für alle Arbeitgeberorganisationen voraussagen.

Aus diesen Andeutungen ergibt sich, daß man, ohne Propheet zu sein, sagen darf, daß der Tarifvertrag im Mittelpunkt der Verhandlungen des Verbandstages stehen wird. Es werden Verhandlungen gepflogen und Beschlüsse gefaßt werden, die von weittragender Bedeutung sind. Gegenüber diesem Punkt der Tagesordnung wird alles andere zurücktreten, obwohl noch manche sonstige bedeutungsvolle Frage der Erledigung harret.

Der Verbandsvorstand hat wesentliche Änderungen des Statuts nicht vorgeschlagen. In der Hauptsache beschränkt er sich auf formale Änderungen einiger Bestimmungen; in anderen macht er Vorschläge zur Erleichterung des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung, für die sich durch die Erfahrungen bei der herrschenden großen Arbeitslosigkeit das Bedürfnis herausgestellt hat. Mit der Vorlage des Regulators für eine Unterstützungs-Kasse für die im Verband ehrenamtlich tätigen Mitglieder und für die Angestellten des Verbandes hat der Verbandsvorstand einen ihm vom vorigen Verbandstag erteilten Auftrag ausgeführt. Es handelt sich um eine Frage, welche schon wiederholt unsere Verbandstage beschäftigt hat. Die Vorlage eines Ergänzungsentwurfs gibt die Möglichkeit, eine Einrichtung zu schaffen, die von früheren Verbandstagen des öfteren als wünschenswert bezeichnet wurde.

Durch die Einfügung des Punktes: „Gewerkschaftliche Streitfragen“ in die Tagesordnung des Verbandstages ist Gelegenheit gegeben, all die Fragen zusammenfassend zu behandeln, die zurzeit in den Gewerkschaften erörtert werden. Bei diesem Punkt der Tagesordnung wird dem Verband der Abmarsch nach Moskau ecapophon werden, man wird sich über den Umbau der gewerkschaftlichen Organisationsform, über Arbeitsgemeinschaften, über Sozialisierung usw. unterhalten. Es wird manches Wertvolle, vielleicht aus einiges Unnötige gesagt werden. Das Ergebnis dürfte aber sein, daß man der von der Verbandsleitung betriebenen Politik Anerkennung zollt.

Wir sind dabei der Meinung, daß die intensive Beschäftigung mit gewerkschaftlichen Problemen ein erfreuliches Zeichen geistiger Regsamkeit ist. Es verdient Anerkennung auch dann, wenn die Anträge, die das Produkt dieser Beschäftigung sind, unseren Beifall nicht finden. Ein Fehler ist es nur, wenn kritiklos Schlagworte nachgehakt werden, und dabei der Anspruch erhoben wird, daß nur der als voll gilt, der vorbehaltlos auf sie schwört. Wir denken dabei an den Streit über die Arbeitsgemeinschaften, an die Frage der Zusammenfassung der Hand- und Kopiarbeiter in eine einheitliche Organisation, an die Einheitsgewerkschaft für alle Berufe und dergleichen mehr. Das sind Fragen, in denen man sich in aller Freundschaft auseinandersetzen kann. Unter denkenden Arbeitern gibt es darüber grundsätzlich keine Meinungsverschiedenheiten, es sind Zweckmäßigkeitsfragen, bei denen man je nach den gegebenen Verhältnissen ja oder so entscheiden kann.

Das ist ein Moment, das den Delegierten zur ganz besonderen Beachtung empfohlen sei. Man muß unterscheiden zwischen grundsätzlichen und Zweckmäßigkeitsfragen. Zu der ersteren Kategorie gehört die Wahl zwischen Amsterdam und Moskau. Wer unseren Verband so umgestalten will, daß er den Moskauer Forderungen entspricht, verläßt damit den Boden unserer Gewerkschaftsbewegung. Zwischen Moskau und Amsterdam gibt es keinen Mittelweg. Anders ist es aber mit den eben angedeuteten Streitfragen, und das gleiche gilt für die zahlreichen Anträge, die eine Änderung des Statuts verlangen. Da sind Anträge gestellt, welche die Einschränkung, andere, welche die völlige Festigung der sozialen Unterstützungsrichtungen bezwecken, während von anderen Orten ein weiterer Ausbau dieser Einrichtungen verlangt wird. Von allen Antragstellern ist grundsätzlich vorauszusetzen, daß sie das Wohl des

Verbandes fördern wollen, nur in der Auffassung über den besten Weg weichen die Ansichten voneinander ab. Darüber kann man streiten; jeder mag die sachlichen Gründe für seine Auffassung beibringen, und schließlich entscheidet die Mehrheit. Hat sie gesprochen, dann können sich die Gegner aufrichtig die Hände reichen. Der gefaßte Beschluß gilt für alle, und der mit seiner Ansicht Untertogene vergibt seiner Ehre nicht das geringste, wenn er von dem Kampfplatz scheidet mit dem festen Willen, nunmehr entschieden für die Durchführung des gefaßten Beschlusses einzutreten.

Das ist der Geist der Brüderlichkeit, der uns alle umfassen, und der insbesondere die Verhandlungen des Verbandstages beherrschen soll. Ist dieser Geist lebendig, dann ist es kein Unglück, wenn die Verhandlungen zeitweilig höhere Wogen schlagen, wenn auch einmal in der Hitze des Gefechtes ein Wort fällt, das der Sprecher nicht auf die Goldwaage gelegt hat. Auf dem Verbandstag muß bei allen Delegierten der Wille vorhanden sein, nach bestem Können für das Wohl des Verbandes und seiner Mitglieder zu wirken. Ist dieser Wille vorhanden, dann wird der Verbandstag wirklich nutzbringende Arbeit leisten.

Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Hamburg.

In der deutschen Arbeiterbewegung hat Hamburg von jeher eine bedeutende Rolle gespielt. Die Hamburger Arbeiter sind jahrzehntelang die Pioniere des Sozialismus gewesen. Als zu Beginn der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts der sozialistische Gedanke in Deutschland Boden faßte, fand er besonders in Hamburg großen Anklang. Es war damals der Schneidergeselle Wilhelm Weitling aus Magdeburg, der erste bedeutende Sozialistenführer proletarischer Herkunft, der hier gewirkt hat. Er hatte in der Schweiz im Jahre 1836 den „Bund der Gerechten“ gegründet, dessen Mitglieder in der Mehrzahl Handwerksgehilfen waren. Zur Verbreitung seiner Ideen verfaßte er mehrere Schriften, unter denen „Das Evangelium des armen Sünderers“ die bekannteste ist, auch gab er eine Zeitschrift heraus: „Die junge Generation“, die aber bald bald verboten wurde. Die Züricher Regierung wies ihn im Jahre 1844 aus der Schweiz aus und ließ ihn „auf den Schub“ bringen, bis er endlich in Hamburg landete, wo er sich mehrere Monate lang aufhielt. Als Ergebnis seiner dortigen Agitation darf man wohl die Tatsache ansehen, daß eine Sektion des Bundes der Gerechten gegründet wurde, und daß in Hamburg-Altona eine Reihe von Zeitungen sozialistisch-kommunistischer Tendenz erschienen. Es waren dies „Das Blatt für die Arbeiter“, „Die Werkstatt“, „Der Tagwächter“ und „Das demokratische Wochenblatt“. Diese Zeitungen gingen aber bald aus Mangel an Abonnenten wieder ein, weil die Zahl der Vertreter der neuen Gedanken noch zu gering war. Besonders hielten sich die eingeborenen Hamburger von der Bewegung fern, sie wollten mit einer landfremden Sache, die „von unten“ gekommen, nichts zu tun haben. Eine Ausnahme machte der Haartuchweber Jacob Audorf, der ein begeisterter, opferfreudiger Vorkämpfer des Sozialismus wurde. Weitling selbst kam um die Zeit der 1848er Revolution noch mehrmals nach Hamburg und scharte eine ziemliche Anzahl Anhänger um sich. Im Jahre 1851, als die Reaktion wieder erstarkt war, holte sie auch in Hamburg zu einem Schlag aus. Der „Bund der Gerechten“ wurde polizeilich aufgelöst; die bekanntgewordenen Mitglieder gerieten in Haft, Weitling selbst entkam über England nach Amerika, wo er später, enttäuscht und vereinsamt, gestorben ist.

Von Bedeutung für die Entwicklung der Arbeiterbewegung wurde der im Jahre 1845 gegründete „Arbeiterbildungsverein“, der die geistige und sittliche Hebung der arbeitenden Klasse fördern wollte. Er war eigentlich von bürgerlichen Demokraten ins Leben gerufen worden, aber die sozialistisch gesinnten Arbeiter verstanden es, im Verein einen starken Einfluß zu gewinnen. Sie bildeten auch die überwiegende Mehrheit der Mitglieder. Nach zweijährigem Bestehen war der Verein bereits auf rund 500 Mitglieder angewachsen, von denen genau die Hälfte Fischer und Drechsler, also Holzarbeiter, während alle übrigen Berufe nur durch wenige Mitglieder vertreten waren. Die Hauptaufgabe des Vereins bestand darin, die Mitglieder in Elementarlehren: Schreiben, Rechnen, Buchführung, Zeichnen usw. auszubilden, doch wurde auch allwöchentlich ein Vortrag gehalten, in dem allerlei Fragen philosophischer, religiöser, geschichtlicher, naturwissenschaftlicher, politischer und volkswirtschaftlicher Art erörtert wurden. Hier plakten in der Aussprache die Geister aufeinander, es wurde durch die Erörterung des Für und Wider manche Anregung gegeben und mancher fruchtbare Gedanke in die Arbeiterschaft getragen. In der reichhaltigen Bücherei des Vereins waren Schriften radikalsten Charakters, und unter den ausliegenden Zeitungen waren solche mit ausgesprochen sozialistisch-kommunistischer Tendenz besonders stark vertreten. Deshalb der Verein bald in den Geruch kam, der Tumultuarische Staatsgefährlicher Umtriebe zu sein. Die Behörde ging mehrmals mit dem Gedanken um, ihm das Lebenslicht anzuzublen, aber sie scheute doch vor einem gewalttätigen Eingreifen zurück. Der „Arbeiterbildungsverein“ ist nachherhin durch die

einige Stutte in Hamburg gewesen, wo die sozialistisch ge-
sinnigte Arbeiterklasse sich versammeln und sich gegenseitig aus-
sprechen konnte. Erst zu Beginn der 60er Jahre, als
Ferdinand Lassalle auftrat und die reinliche Scheidung
zwischen sozialistischer Arbeiterklasse und demokratischem
Bürgertum propagierte, kam es zu einer Spaltung im
Bereim. Die Mehrzahl der Mitglieder blieb der bürgerlichen
Auffassung treu, eine Minderheit schied aus und schloß sich
der neuen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an. Sie
bildete den Grundstock des von Lassalle ins Leben gerufenen
„Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“, und von nun an
hatte der Lassallismus an der Hamburger Arbeiterklasse
eine starke Stutte. Dies geht n. a. auch daraus hervor, daß man
in Hamburg noch auf lange Zeit hinaus die Sozialdemokraten
allgemein „Die Lassalleaner“ nannte.

Als die Führer dieser neuen Bewegung traten besonders
hervor: der schon genannte Jacob Audorf, der Buch-
halter August Perl, der Wirt Jurgen Lübbers und
der Schlossergeselle Jacob Audorf, der Sohn des alten
Audorf. Eine eigenartige Erscheinung war der „alte
Audorf“, ein wahrer Charakterkopf, der der damaligen
Arbeiterbewegung Hamburgs seinen Stempel aufgedruck-
te. Er wurde als blutarmes Proletarierkind am 20. De-
zember 1807 in Hamburg am Johannisbollwerk in der Hasen-
gegend in einem Hause geboren, das im Volksmund den Namen
„Die rote Hörte“ führte und neben seinem Hause lag, das
„Der blaue Lappen“ hieß. Der Junge erlernte die Haartuch-
weberei, die schon damals infolge der Einführung der Web-
maschine im Untergang begriffen war. Für ihn hat sein
Handwerk niemals einen goldenen Boden gehabt, er ist zeit-
lebens ein armer Proletarier geblieben und hat sich als Ge-
legenheitsarbeiter kümmerlich durchs Leben geschlagen, aber
die Fahne des Sozialismus hat er bis ans Ende hochgehalten.
Audorf war wohl der erste, der mit Weiling persönlich in
Beziehung kam und von ihm für die Sache des Sozialismus
gewonnen wurde. Weiling fand bei ihm Unterschlupf, und
auch sonst war das ärmliche Heim Audorfs stets die Zuflucht-
stutte all derer, die ihrer freiheitlichen Idee halber verjagt
wurden. Audorf war der erste Arbeiter, der in das Ham-
burger Parlament gewählt wurde, das im Jahre 1848 ein-
berufen wurde. Im folgenden Jahr ging er im Auftrag
seiner Gefinnungsgenossen nach England zu Marx, um eine
Verbindung herzustellen zwischen den verschiedenen Gruppen
in der Arbeiterbewegung. Nach seiner Rückkehr wurde er
verhaftet und zu drei Monaten Gefangnis verurteilt. Später
schloß er sich der Lassallianischen Bewegung an; nach der
Eingung der deutschen Sozialdemokratie hat er als alter
Mann unter dem Sozialistengesetz treu zur Fahne gestanden
und sich stets aktiv betätigt. Er ist am 30. August 1891, nach
dem Fall des Schandgesetzes, gestorben und von zehntausenden
Arbeitem zu Grabe getragen worden. Mit Recht wurde in
dem Nachruf „das Helidentum der Arbeit“ geehrt, das sich
im alten Audorf verkörperte, und das stille, unblaige
Wort für die große Idee des Sozialismus“, das den Lebens-
inhalt dieses hlichen Proletariers ausgemacht hatte. Sein
Sohn Jacob Audorf, der jüngere, nahm an der
Grundungsverammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeiter-
vereins in Leipzig im Jahre 1863 als Vertreter Hamburgs
teil und wirkte im Dienst der Arbeiterbewegung bis zu
seinem Tode am 20. Juni 1898. Bekanntgeworden ist er
besonders als Dichter der deutschen Arbeiter-
marke: „Wohlan, wer Recht und Freiheit adelt!“,
die bei der Todesfeier Lassalles in Hamburg im Jahre 1864
zum erstenmal öffentlich gesungen wurde. August Perl
publierte noch in späteren Jahren Jura und ließ sich in Ham-
burg als Rechtsanwalt nieder. Er war mehrmals sozial-
demokratischer Kandidat zum Norddeutschen Reichstag und be-
leitete sogar eine Zeitlang die Stelle eines Präsidenten des
Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins“. Darin hat er sich
von der Bewegung zertronnen. Jurgen Lübbers, der
Onkel des Arbeiterbildungsvereins, verlor seine Stelle und
gründete eine Wirtschaft in der Reimhuber Reustrae, die ein
Gesamtpunkt der Lassalleaner wurde. Nach dem Einigungs-
kongre in Godes hat er sich junachst von der Sozialdemo-
kratischen Partei fern gehalten, kehrte dann aber wieder zu ihr zurück
und blieb ihr treu, bis er, hochbetagt, verarmt und vergessen,
gestorben ist.

Durch das Auftreten Lassalles erhielt die deutsche
Arbeiterbewegung einen frugigen Anstoß. Gerade in Ham-
burg fand seine Lehre begeisterte Anhänger. Hier erschien
die erste sozialdemokratische Zeitung Lassalleischer Färbung,
„Der Nordkern“, die schreckliche Momente um sich
sammelte. Nach dem tragischen Ende des großen Agitations-
wuchs die sozialdemokratische Bewegung immer mehr, was sich
in der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen bei den
Wahlen deutlich zeigt. Einen Hauptpunkt in der Bewegung
bildete die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen
Arbeitervereins, die vom 22. bis 26. August 1868 in Ham-
burg lagte. Die dort öffentlichen Verhandlungen waren von
mehr als 600 Präsidenten besetzt. Karl Marx, der in
Frankfurt im „Kapital“ verknoppelt hatte, war als Ehren-
gast geladent, konnte aber wegen der politischen Verhältnisse
der Einladung keine Folge leisten. Die Generalversammlung
beschlote sich mit politischen und wirtschaftlichen
Streben, sie forderte die Revolution der Gefinnungsbereiten
und die Arbeit der Gewerkschaften. Seit dieser Zeit hat die
sozialdemokratische Bewegung Hand an Umarmung und Einfluß
gewonnen. Schon im Jahre 1869 wurde ein Sozial-
demokrat in den Reichstag gewählt und zehn Jahre
später führte die Hamburger Parteiführer der Sozial-
demokratie zu. Besonders während des Sozialistengesetzes war
Hamburg der Hauptort der sozialdemokratischen Agitation
und erwarb sich den Ehrennamen „Die Hochburg des
Sozialismus“. In Godes hat die Bewegung
mehrerer Jahre lang, unter allen Umständen und Zwang-
sachen zum Besten der Sozialisten noch heute im Gewerkschafts-
haus stattfinden können die entscheidende Rolle. In der
Gewerkschaft und dem Reichstag der Republik Hamburg
sind die sozialdemokratischen Arbeitervereine einig und
es geht um. Allerdings hat sich inzwischen ein immer
mehr zunehmender Abstand der kapitalistischen und
proletarischen Klasse entwickelt, aber auch mit diesen Leuten,
die die Revolution der Welt herbeiführen wollen, hat
Hamburg einen guten Kontakt, was sie eine ungeschlossene ge-
meinschaft.

II.
Auch die gewerkschaftliche Arbeiterbewe-
gung hat in Hamburg schon früh Wurzel gefaßt. Als im
Jahre 1848 der Berliner Schriftsteller Stephan Born
zuerst wieder sachgewerbliche Organisationen ins Leben rief,
bildete sich auch in Hamburg ein Zentralkomitee auf beruf-
licher Grundlage, das auf dem ersten deutschen Ar-
beiterkongre in Berlin, der am 23. August 1848
eröffnet wurde, durch Abgeordnete vertreten war. Schon
vorher hatten die Handwerksmeister Norddeutschlands im
Juni einen Kongreß nach Hamburg einberufen, zu dem auch
Gesellenvertreter erschienen waren. Man verweigerte ihnen
aber den Zutritt, weil sie dort nichts zu suchen hätten, und
sicht gingen die Hamburger Arbeiter dazu über, eigene gewerkschaft-
liche Organisationen zu gründen, um ihre besonderen
Interessen zu wahren. Vom 10. bis 14. Februar 1849 fand
hier ein norddeutscher Arbeiterkongre statt, an
dem sogar Delegierte von Landarbeiterorganisationen teil-
nahmen. Der Kongreß beschloß, auch die ländlichen Arbeiter
zu organisieren, und es wurde ein Programm entworfen für
die Landagitation.

Die Leiden stießen diese Bestrebungen auf den erbitterten
Widerstand der Kapitalisten und Grundbesitzer. Besonders in
Hamburg fehlte es nicht an polizeilichen Schikanen: Die Ar-
beitervereine wurden geschlossen, die Streiks wurden verboten,
das heißt aus der Stadt verwiesen. Das wurde erst etwas
besser, als sich der Geist der Neuzeit auch im hamburgischen
Staatsleben regte. Das Jahr 1860 brachte eine neue Staats-
verfassung, die gesetzgebende Versammlung, die sogenannte
Bürgerchaft, beschloß die Einführung der Gewerbefreiheit und
der Freizugigkeit; das Gesetz trat am 1. Februar 1865 in
Kraft. Schon vorher hatte Hamburg den ersten großen Streik,
denn die Arbeiter der Launensteinschen Wagen-
fabrik legten am 2. Mai 1864 die Arbeit nieder. Sie
forderten eine Verkürzung der Arbeitszeit, die damals noch
14 Stunden dauerte, um eine Stunde, und hatten auch nach-
dem der Streik ein paar Tage gedauert hatte, vollen Erfolg.
Im Frühjahr 1865 führten die Korbmacher einen Streik
zur Erzielung eines gerechten Arbeitstarrs herbeiz. Durch
und um dieselbe Zeit traten auch die Tischlergesellen
(zunachst in Altona) in eine Bewegung zur Erwirkung besserer
Lohn- und Arbeitsbedingungen ein. An dem Streik waren
rund 3000 Tischler beteiligt, doch wurden nur Teilerfolge
erzielt. Auch die Furumentenmacher legten am
1. Juli 1864 in Stärke von 600 Mann die Arbeit nieder; die
Stuhlmacher kämpften ebenfalls um eine Verbesserung
ihrer Lage. Diese Bewegungen brachten allerdings nur ge-
ringe Vorteile, aber sie wendeten doch das Klassenbewutsein und
das Solidaritätsgefühl der Proletarier.

Leider wurden diese gewerkschaftlichen Kämpfe sehr er-
schwert und geschädigt durch die innere Uneinigkeit
in der Arbeiterschaft, die durch politische We-
nungsverschiedenheiten hervorgerufen wurden. Es
bestand ein scharfer Gegenatz zwischen den „Lassalleanern“ und
den Gewerkschaften, denn erstere wollten, im Grunde ge-
nommen, nichts von Streiks und anderen gewerkschaftlichen
Kampfmethoden wissen, sondern erhofften die Hebung der
Arbeiterklasse von der Anwendung politischer Methoden, wo-
bei das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht
als der Feuerschlessel angesehen wurde, um die Tore zum So-
zialismus zu öffnen. Auf der schon erwähnten Generalver-
sammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Ham-
burg im August 1868) wurde eine Resolution angenommen,
daß der Streik kein geeignetes Mittel sei, die Grundlagen der
kapitalistischen Wirtschaftsweise zu ändern, und damit die Lage
der Arbeiterklasse durchgreifend und dauernd zu bessern, sie
seien als notwendiges Uebel zu betrachten und höchstens ge-
eignet, das Klassenbewutsein des Proletariats zu härten und
klar und die ärmere Minderzahl zu beiraten. Im Laufe der
Zeit erkannte die Hamburger Arbeiterschaft aber immer mehr
die Bedeutung und die Notwendigkeit der Gewerkschafts-
bewegung. Liberalen Schichten der Bürgerschaft wie Pilze aus
der Erde, und die gewerkschaftlichen Kämpfe der verschiedenen
Gruppen lösten einander ab.

Die aufblühende Gewerkschaftsbewegung wurde in Ham-
burg wie in ganz Deutschland plötzlich verrockelt durch das im
Jahre 1878 erlassene Sozialistengesetz, das schändlichen An-
denkens. Es verbot die Vereins- und Versammlungsrechte
des Bundesrats, räumte mit den politischen und gewerkschaft-
lichen Organisationen erndlich an, machte die Arbeiter rechts-
los und öffnete der Polizeiwillkur Tor und Tor. Auch auf der
Hamburger Arbeiterschaft über die das Ausnahmengesetz (der
kleine Belagerungszustand) verhängt wurde, lastete die harte
Unterdrückung, aber durch die Unterdrückung wurde die
Arbeiterklasse erst recht angefeuert, den Kampf um das Recht
selbstbewußt und planmäßig aufzunehmen. Mit Eifer und
Opfermut traten die Hamburger Genossen für die große Sache
ein. Der in der Schweiz herausgekommene Sozialdemokrat
das Zentralkomitee der Partei, wurde gerade von Hamburg aus
über ganz Deutschland verbreitet. Aber auch auf ge-
werkschaftlichem Gebiet begann es sich wieder
zu regen. Fast alle Berufsweige gründeten Fachverei-
ne und diese sammelten Kollegen um sich, die die Kraft
im Kampf gegen Unternehmervillkur und Polizeischikanen er-
probten. Auch der Gedanke der Zentralisierung der
Gewerkschaften fand in Hamburg guten Boden, und die
meisten Zentralverbande hatten ursprünglich dort ihren Sitz.
Im Holzgewerbe machte sich der Drang zur Organi-
sation halb wieder bemerkbar. Schon am 9. Oktober 1882
wurde ein Fachverein der Tischler gegründet, der an
1. Mai 1884 dem Deutschen Tischlerverband,
der in Stuttgart seinen Sitz hatte, beitrug. Die Lohn- und
Arbeitsbedingungen waren damals überall schlecht, und die
Arbeitslosigkeit war groß, so daß die allgemeine Unzufrieden-
heit wuchs. Um die erbärmlichen Verhältnisse zu bessern,
forderten die organisierten Kollegen in eine Bewegung ein. Sie
forderten einen Mindestlohn von 40 Pf. die Stunde und eine
mäßige Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden sowie die Abschaffung
der Sonntags- und ubertundenarbeit. In der Vereinsver-
sammlung am 14. März 1887 konnte festgestellt werden, daß
die grotens Forderung die Forderungen bewilligt hatten.
In der Verhatnisse, die nicht bewilligt hatten, wurde die
Arbeit moderater. In dem Streik beteiligten sich 800 Kol-
legen; er wurde am 18. Mai siegreich beendet. Er hatte einen
Lohnzuwachs von rund 20000 M. verursacht; eine genaue

Abrechnung konnte nicht gegeben werden, da die Bücher
Fachvereins, der im Juli 1887 polizeilich geschlossen wurde
beschlagnahmt waren. Schon zwei Monate später kam es
einem neuen Streit der Bautischler, weil verschiedene
Meister ihre ehrenwörtlich gegebenen Zusicherungen nicht ein-
hielten und die Bewilligungen zurückzogen. Die Polizei er-
griff selbstverständlich die Partei der Meister, in dem sie
den Fachverein und die Streikkommision
auflöste und das Fachvereinsvermogen be-
schlagnahmte. Ein Protest dagegen blieb erfolglos, ab-
er die Bautischler legten die Arbeit einmütig nieder.
wurden auf Ersuchen der Meister durch den Polizeisena-
Dr. Schumann Verhandlungen eingeleitet, die das Erreichen
hatten, daß die 9 1/2stundige Arbeitszeit in sämtlichen Tischler-
werkstätten eingeführt, und daß die Sonntags- und Nachmittags-
abendarbeit nur in außergewöhnlichen Fällen mit einem Lohn-
zuschlag von 50 Prozent zugelassen wurde. Der Mindestlohn
sollte für Bautischler 40 Pf. die Stunde, für die Möbel-
tischler 35 Pf. die Stunde betragen. Zur Schlichtung ein-
stehender Streitigkeiten über die Lohnbedingungen wurde ein
aus Meistern und Gesellen paritatlich zusammengesetzte Kom-
mission eingesetzt. Es waren damals in Hamburg 3000 Tischler
beschäftigt, von denen ungefähr 2000 dem Verein angehören.
Im folgenden Jahre leitete die Tischlerinnung eine Bewegung
ein, um „die von den Gesellen erwangenen Zugeständnisse
so bald als möglich zu annullieren“, was von den Gesellen im
der Forderung beantwortet wurde, nunmehr für all-
Bau-, Möbel- und Schiffstischler den gleichen
Minimallohn von 40 Pf. die Stunde festzu-
legen. Die Innung legte nunmehr schwarze Listen in Um-
lauf und erklärte über 800 Gesellen in Verhaft. Die Gewerkschaft
proklamierte zum 28. April 1888 den Streik, woran
1500 Gesellen in den Austand traten. Am 31. Juli wurde
der Streik beendet, weil zuviel Kollegen wankelmütig geworden
waren und weil von den in Arbeit stehenden 2600 Kollegen
nur 500 ihren Beitragsverpflichtungen nachkamen. Die der
Organisation treugebliebenen Kollegen haben pro Kopf rund
55 M. aufgebracht, ein hoher Beweis kollegialer Solidarität.
Der Streikleiter, G. S. Lome, war inzwischen auf Grund des
Sozialistengesetzes aus Hamburg ausgewiesen worden.

Im Jahre 1893 verschmolzen sich die bisherigen Organi-
sationen der Tischler, Drechler, Birstenmacher und Stellmacher
zu einer einheitlichen Organisation, dem „Deutschen
Holzarbeiter-Verband“. Am 1. Mai 1896 folgten
auch die Korbmacher. Die Gesamtmitgliedezahl in Hamburg
betrug damals 1316, die zunachst, unter dem Einfluß der
Wirtschaftskrisis, zurückging, dann aber vom Jahre 1896 an
ständig zunahm. Vom 1. Januar 1898 an wurde die neun-
stündige Arbeitszeit durchgeführt, die im Jahre 1908 auf
8 1/2 Stunden verkurz werden konnte. Im Jahre 1905 gelang
es, den Mindestlohn für Parteilosler auf 70 Pf. für Bau-
angestatete auf 65 Pf. für alle übrigen Tischler und Maschinen-
arbeiter auf 55 Pf. pro Stunde zu erhöhen. Auch die Kämpfe
des Jahres 1908 brachten eine, wenn auch geringe Lohn-
erhöhung. Aus diesem kurzen Rückblick ersehen die jüngeren
Kollegen, welche großen Anstrengungen und Opfer erforderlich
gewesen sind, um eine Verbesserung der Lohn- und Arbeits-
bedingungen durchzusetzen, sie ersehen auch daraus, daß es
nur durch den organisierten Kampf zusammen
schluß möglich gewesen ist, diese Erfolge zu
erringen.

Wie im Holzgewerbe, so nahm auch in den anderen Be-
rufen weigen Hamburgs die Gewerkschaftsbewegung einen immer
größeren Aufschwung. Als Symbol hierfür kann das Ham-
burger Gewerkschaftshaus angesehen werden. Im
Jahre 1904 wurde ein Grundstück am Wendenburhof, in
der Nähe des Hauptbahnhofs, für 275 000 M. gekauft, und
am 29. Dezember 1906 wurde das Gewerkschaftshaus feierlich
eröffnet. August Hebel hielt die Weihede, in der
das neue Gebäude als die Waffenschmiede der Ham-
burger Arbeiterschaft bezeichnete, in der die geistlichen
Waffen geschmiedet werden sollten für den Kampf gegen die
kapitalistische Ausbeutung. Diese Aufgabe hat das Haus,
in der sich die Bureau- und Versammlungsraume der Gewerkschaften
befinden, bestreulich zu erfüllen gesucht. Mögen auch
unsere Delegierten, die sich zu ernster, frucht-
bringender Arbeit in dem Gewerkschafts-
haus versammeln, erfühlt sein von dem ge-
werkschaftlichen Geist, der in ihm lebt und
wirkt. Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterklasse Ham-
burgs, des dürfen sie versichert sein, wird ihre Arbeiter und
Beratungen mit Anteilnahme und mit den besten Wun-
schen begleiten.

Den Verbandstagsdelegierten zur Beachtung!

Der Schweizer Dichter Gottfried Keller hat in seinen
Werken gute Ratschläge für Redner gegeben, deren Aus-
führung angesichts des Verbandstages besonders angebracht
erscheint. In seinem „Fahlein der sieben Aufrechten“ lat er
dem jungen Hedinger folgende Winke geben:
Glaube nicht, immer sprechen zu müssen, la man
Gelegenheit vorbeigehen und spricht nie um deinetwillen,
sondern immer einer erheblichen Sache wegen! Studiere die
Menschen, nicht, um sie zu überlisten und auszubeuten,
sondern um das Gute in ihnen aufzuwecken und in Be-
wegung zu setzen, und glaube mir: Viele, die dir zuhören,
werden oft besser und kliger sein als du, der da sprichst.
Werde nie mit Trugschlüssen und kleintlichen Spifftindigkeiten
mit denen man nur die Spreu bewegt, den Kern des
Volkes rührt du nur mit der vollen Wucht der Wahrheit
um. Darum behalte nicht um den Beifall der Varmenden und
Unruhigen, sondern sich auf die Gelassenen und Festen an-
entwegt. . . Gleichmäßig bilde deine Kenntnisse aus und be-
reichere deine Grundlagen, daß du nicht in leere Worte
verfallest! Wenn du einen glücklichen Gedanken hast, la
sprich nicht, um diesen anzubringen, sondern lege ihn zurück,
die Gelegenheit kommt immer wieder, wo du ihn reifer und
besser verwenden kannst. Nimmt dir aber ein anderer diesen
Gedanken vorweg, so freue dich dariber, statt dich zu ärgern,
denn es ist ein Beweis, daß du des Allgemeinen gedacht und
gefühlt hast. Wilde deinen Geist und überwache deine
Gemütsart und studiere an anderen Rednern den Unterschied
zwischen einem bloßen Waulehler, und zwischen einem
wahrhaftigen und gemutreichen Mann! Reife und
Lebende herum und laufe auf alle Gassen, sondern gewöhne
dich, von der Feste deines Hauses aus und inmitten bewährt

Freunde den Weltlauf zu verstehen; dann wirst du mit mehr Weisheit zur Zeit des Handels auftreten als die Jagdhunde und Landläufer. Wenn du sprichst, so sprich weder wie ein wichtiger Hausknecht noch wie ein tragischer Schauspieler, sondern halte dein gutes natürliches Wesen rein, und dann sprich immer aus diesem heraus. Ziere dich nicht, wirf dich nicht in Positur; bleib, bevor du beginnst, nicht herum wie ein Feldmarschall oder gar die Versammlung belauernd! Sag nicht, du seiest nicht vorbereitet, wenn du es bist; denn man wird deine Weisheit kennen und es sogleich merken! Und wenn du gesprochen hast, so geh nicht herum, Weisfall einzusammeln; strahle nicht von Selbstzufriedenheit, sondern setze dich still an deinen Platz und höre aufmerksam dem folgenden Redner. Die Grobheit spare wie Gold, damit, wenn du sie in geordneter Entfaltung einmal hervorkehrst, es ein Ereignis sei und den Gegner wie ein unworhergesehener Blitzstrahl trefsel. Wenn du aber denkst, je wieder mit einem Gegner zusammenzugehen und gemeinsam mit ihm zu wirken, so hüte dich davor, ihm im Zorne das Auserzte zu sagen, damit das Wort nicht sage: „Pact schlägt sich, Pact verträgt sich!“

Die Holzlieferung an die Entente.

Bekanntlich hat die Reichsregierung zur Erfüllung der auferlegten Verpflichtung, etwa eine Million Kubikmeter Holz in Gestalt von Rundholz, Schnittholz, Telegraphenstangen, Schwellen usw. an die Entente zu liefern, ein Ausschreiben erlassen, durch welches bis zum 6. Mai Angebote eingefordert wurden. Dem Diktat der Entente waren lange Verhandlungen über die Menge des zu liefernden Holzes und über den Preis vorausgegangen, die zu keiner Verständigung führten. Schließlich hat die Entente die Preise festgelegt, aber so niedrig, daß die Holzhändler nur mit Verlust liefern konnten. Es hat eigentlich kaum der entfalteten Agitation bedürft, um die Interessenten von der Beteiligung an der Submission fernzuhalten. Tatsächlich sind auch nur etwa 20 Prozent der geforderten Menge angeboten worden, und zwar hauptsächlich aus Bayern und Baden.

In einem bemerkenswerten Aufsatz kritisiert nun die „Holzwelt“ das bei der Ausschreibung vom Holzhandel angewendete Verfahren. Sie sagt: „Es wäre nützlicher gewesen, statt den Interessenten einzuhämmern, daß es ein Unflin sei, überhaupt Angebote einzureichen, nachzudenken, wie man die Liefergewerbe Verluste zu zuzumuten, die sich aus der Verwertung des dem Fortfall zu teuren Preisen abgekauften Rohholzes ergeben müßten.“ Das Blatt tritt für eine Ausschreibung ohne Preisgrenze ein, damit werde sich die Regierung bemühen müssen, die Entente zu einer Aufbesserung der Preise zu bewegen. Ob das gelingen wird, ist freilich sehr fraglich. Wir werden aber doch liefern müssen, und da sei es vielleicht zweckmäßig, daß das Reich die Frachtkosten übernehme. Wenn das Holz zu den gebotenen Preisen nicht geliefert werden könne, dann müsse eben die Volksgemeinschaft die Lasten auf sich nehmen.

Der Gedanke, die Allgemeinheit mit der Tragung der Mehrkosten für die Zwangslieferung zu belasten, wird auch in einem anderen Fachblatt, der „Holz-Woche“, vertreten. Hier wird der Vorschlag gemacht, die Lieferung durch Vermittlung der Holzhandelsverbände auf alle Holzproduzenten zu verteilen, mit der Verpflichtung für jeden, den auf ihn entfallenden Anteil zu liefern. Diese Verpflichtung sei notwendig, um zu verhindern, daß die Firmen, die sich der Beteiligung an dem unrentablen Geschäft entziehen, für ihre dann freie Ware höhere Preise erzielen.

Man kann der „Holzwelt“ darin beistimmen, daß es wirklich keinen Zweck hat, sich zu sperren. Wir sind völlig in der Gewalt der Entente, und wenn deren Vertreter sich Vernunftgründen unzugänglich erweisen, dann fehlt uns jede Möglichkeit, uns ihrem Zwange zu entziehen. Es ist peinlich, unsere völlige Ohnmacht feststellen zu müssen, aber solche Redensarten helfen über diese Tatsache nicht hinweg; sie sind nur geeignet, unsere Lage weiter zu verschlechtern. Trotz der geringen Aussicht auf Erfolg darf kein Mittel unverzagt gelassen werden, eine angemessene Bezahlung unserer Leistungen zu erlangen.

Für den leider wahrscheinlichen Fall, daß dies nicht gelingt, verlangen die Fachblätter des Holzhandels die Tragung der Mehrkosten durch die Volksgemeinschaft. Die „Holzwelt“ hat das schon etwas näher präzisiert durch die Anregung, daß das Reich die Frachtkosten übernehme. Auf die Form kommt es schließlich weniger an, jedenfalls sind die Sägewerksbesitzer und Holzhandler der Meinung, daß das Reich sie für ihre Verluste bei den Holzlieferungen an die Entente zu entschädigen habe. Gegen eine solche Absicht müßten wir die ernstesten Bedenken geltend machen. Die Belastung der Reichskasse bedeutet eine Belastung der Steuerzahler, bedeutet neue indirekte Steuern neben den Steuererträgen, die ohnehin zu erwarten sind; um das große Loch im Reichsäckel zu verstopfen. Aber dieser Grund wäre nicht ausschlaggebend. Wir lehnen die Übernahme der Mehrkosten auf das Reich ab, weil das ein sicheres Mittel wäre, den Abbau der Holzpreise zu verhindern!

Wenn man die Vertreter der Sägewerksindustrie und des Holzhandels hört, dann haben sie keinen schärferen Wunsch als den Abbau der Holzpreise, und die Vertreter des Waldbesitzes stimmen darin mit ihnen völlig überein. Nur bei der praktischen Durchföhrung einer auf dieses Ziel gerichteten Aktion werden sie alle Schwierigkeiten. Man darf den Verfassungen kein nicht auf den Mund sehen, sondern auf die Hände. Die niedrige Preisfestsetzung dürfte einen Anstoß geben zu einer ähnlichen Verabredung der Preise. Das Reich hat seinen eigenen Waldbesitz. Die Wälder gehören den Ländern und Gemeinden, den privaten Besitzern. Diese haben natürlich kein Interesse an der Verabredung der Holzpreise. Und dem Holzhandel ist der Preis, den er anlegen muß, ziemlich gleichgültig sein, wenn ihm das Reich einen Gewinn bei den großen Lieferungen an die Entente garantiert. Die Übernahme der Mehrkosten auf das Reich bedeutet nämlich praktisch eine Garantie des Gewinns. Will man einen Abbau der Holzpreise, dann muß das Reich bei dem Kopfausschlag in geschaltet werden.

Muß man aus eigenlichen Mitteln ein Ausgleich geschaffen werden, dann hätte man sich nicht an das Reich, sondern an die Länder. Diese sind die wichtigsten Waldbesitzer und die Ausmacher der hohen Holzpreise. Müßen sie zu der Mehr-

kosten der Lieferung an die Entente beitragen, dann werden sie den Bestrebungen auf Herabsetzung der Holzpreise größeres Verständnis entgegenbringen. Selbstverständlich müssen auch die privaten Waldbesitzer, solange sie noch nicht enteignet sind, gehörig zu den Lasten herangezogen werden. Kann man die Forstpolitik der Länder noch verstehen, die durch ihre schwierige finanzielle Lage gedrängt waren, möglichst hohe Erträge aus den Forsten zu ziehen, so waren die Preisgewinne, die die privaten Waldbesitzer infolge der hochgetriebenen Holzpreise aus ihrem Besitz gezogen haben, direkt unmoralisch. Hier wird man kräftig zupacken können, wenn es gilt, die Lasten aus der Holzlieferung für die Entente zu verteilen. Wir geben gern zu, daß dieser Weg nicht ganz leicht ist, und daß es bequemer erscheint, die Lasten auf das Reich abzuwälzen und es diesem zu überlassen, wie es die Mittel aufbringt. Aus Gründen der Gerechtigkeit und im Hinblick auf den notwendigen Abbau der Holzpreise empfiehlt es sich aber, diesen Weg nicht zu gehen.

Inzwischen hat sich auch die Reichsregierung mit der Lage beschäftigt, die durch das ungenügende Angebot auf das Ausschreiben für die Holzlieferung geschaffen wurde. Wie wir einer Pressenotiz entnehmen, hat der Reichskommissar für Wiederaufbau auf den 24. Mai eine Sitzung anberaumt, zu welcher Vertreter des Reichsausschusses für Holzhandel, Säge- und Papierholzindustrie eingeladen wurden. Ganz zutreffend kann diese Nachricht nicht sein, denn obwohl dieser Ausschuß paritätisch zusammengesetzt ist, wurden nur Unternehmer geladen. Unschonend weiß man im Wiederaufbauministerium nicht, daß dem Reichsausschuß auch Arbeitervertreter angehören, oder hat man die Vertreter der Gewerkschaften absichtlich ferngehalten? Das wäre um so sonderbarer, als man dort sonst die Vertreter der Gewerkschaften leicht zu finden weiß. Wahrscheinlich wird man in diesem Fall von einem unlieb-samen Versehen sprechen, aber es wäre doch sehr zu wünschen, daß solche Versehen unterbleiben, denn — man merkt die Absicht. . . .

Soziales.

Siedlung und Heimarbeit.

In Nr. 15 der „Holzarbeiter-Zeitung“ ist auf die Bestrebungen aufmerksam gemacht worden, die unter dem Deckmantel „Förderung des ländlichen Hausfleißes“ der Heimarbeit eine große Ausbreitung verschaffen wollen. Inzwischen ist Näheres über die Angelegenheit bekannt geworden. In der Zeitschrift „Der Arbeitsmarkt in Deutschland“ wird aus einer Denkschrift über die „Förderung des Hausfleißes im Rahmen der ländlichen Siedlung“ einiges mitgeteilt. Nach diesen Mitteilungen hat die „Organisation des Hausfleißes“ das Bestreben, an Stelle der 400 000 in der Landwirtschaft in früheren Jahren beschäftigten ausländischen Saisonarbeiter deutschen Landarbeitern eine dauernde Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen und sie an der Arbeitsstelle bodenständig zu machen. Dem Landarbeiter oder dem ländlichen Siedler soll durch die „Organisation des Hausfleißes“ die billige Herstellung seines Hausrats und seiner Kleidung ermöglicht und darüber hinaus sollen sie instand gesetzt werden, Erzeugnisse zu verkaufen.

Die Eingabe nennt dann aus dem Gebiete der Holzindustrie folgende Erwerbsmöglichkeiten:

- Weidenflechtarbeiten: Fisch-, Obst- und Gemüselörbe, Matten- und Teppichflechterei aus Binsen und Stroh, Korbmöbel, Anlage von Weidenplantagen.
- Holzschneidarbeiten: Herstellung fast aller landwirtschaftlichen Kleingeräte, Küchen- und anderen Hausrats, Herstellung einfacher Möbel der neuen Siedlungen sowie Fenster, Türen, Treppen, Dachstühle nach vorhandenen Normen für Treppenhäuser, Holzschuhfabrikation.

Mit dem Bestreben, ausländische Arbeiter fernzuhalten durch Anstellung deutscher Arbeiter auf dem Lande, sind auch wir einverstanden. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zu diesem Ziele führen. Die „Förderung des ländlichen Hausfleißes“ in dem angegebenen Sinne ist aber kein geeignetes Mittel, um die Siedlungen zu ermöglichen und lebensfähig zu erhalten. In der Theorie freilich macht sich der „Hausfleiß“ gar nicht übel. Aber man braucht sich nur die Liste der aufgeführten „Erwerbsmöglichkeiten“ anzusehen, und jeder mit der rauhen Wirklichkeit Vertraute weiß dann sogleich, daß die genannten Arbeiten so nebenbei gar nicht ausgeführt werden können. Gewiß gibt es vielerlei Arbeiten, die der Landarbeiter oder Siedler sich selbst machen kann. Aber neben der Landarbeit noch gewerbsmäßig gewerbliche Erzeugnisse herzustellen, ist nicht möglich.

Kürzlich hat sich auch der sozialpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats mit dieser Frage beschäftigt und ist zu dem gleichen Ergebnis gekommen wie wir. In der einstimmig angenommenen Resolution wird für die Entwicklung des Siedlungswesens eine Gewerbepolitik empfohlen, die es vermeidet, primitive und unökonomische Wirtschaftsmethoden, wie die Heimarbeit und die Hausindustrie, einzuföhren und die Siedlerbevölkerung in einen aussichtslosen Kampf gegen die moderne Industrie zu ziehen. Die neue Gewerbeentwicklung darf nicht lediglich von den Gesichtspunkten dristlicher Siedlungsfreie beurteilt werden, sondern sie muß den Gesamtbedürfnissen unserer Volkswirtschaft Rechnung tragen und im Einklang mit den organisatorischen Kräften unserer Volkswirtschaft, den Wirtschaftsverbänden, geschehen. Im einzelnen ist zu sagen, daß die Förderung der Rohstoffherzeugung im Einklang mit den Grundrissen unserer heimischen Ernährungspolitik stehen und unter Aufsicht der zuständigen Reichsbehörden erfolgen muß. Der sozialpolitische Ausschuß empfiehlt dem Ausschuß für Siedlungs- und Wohnungswesen bei seiner Behandlung der gewerblichen Siedlungspolitik, sich diesen Grundrissen anzuschließen.

Dieser Entschlieung stimmen wir im allgemeinen zu. Jedenfalls frecht sie in ihrem ersten Teil aus, was ist. Es ist auch dringend notwendig, daß den Illusionen, die bei den Bestrebungen auf Organisation des „Hausfleißes“ eine sehr große Rolle, wenn nicht gar die Hauptrolle spielen, ernstlich zu Leibe gegangen wird. Das liegt auch im Interesse einer gesunden Entwicklung der Siedlungspolitik.

Der Kampf für die Verlängerung der Arbeitszeit.

Bei der Suche nach einem neuen Reichsfinanzler für die deutsche Republik in den letzten Apriltagen des Jahres 1921 sind die Parteien auch auf Herrn Dr. Abenauer, Oberbürgermeister der Stadt Köln, gestoßen. Herr Dr. Abenauer war auch bereit, Reichsfinanzler zu werden; er stellte aber Bedingungen, unter anderem die Beseitigung des Achtstundentages. Ob an dieser Bedingung die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien und Dr. Abenauer gescheitert sind, wissen wir nicht, halten es aber für sehr unwahrscheinlich.

Die Forderung des Herrn Dr. Abenauer zeigt, wie tief im Bürgertum der Haß gegen den Achtstundentag und damit gegen die Arbeiterklasse liegt. Denn eine sachliche, durch volkswirtschaftliche Notwendigkeiten bedingte Berechtigung hat das Verlangen nach Verlängerung der Arbeitszeit nicht. Der Oberbürgermeister von Köln versucht in der „Kölnischen Volkszeitung“ seine ungeheuerliche Forderung mit den Verpflichtungen Deutschlands an die Entente zu rechtfertigen. Gewiß hat er recht, wenn er sagt, eine der Vorbedingungen für Erfüllung der uns auferlegten Verpflichtungen ist die Erhöhung der Produktion. Deutschland muß mehr und billiger arbeiten. Aber ganz falsch ist es, wenn Dr. Abenauer behauptet, diese Mehrarbeit könne nur durch eine Verlängerung der Arbeitszeit erreicht werden. Als Entschuldigungsgrund für diese verkehrte Ansicht des Herrn Dr. Abenauer muß man gelten lassen, daß er die Zusammenhänge zwischen Arbeitszeit und Arbeitsergebnis nicht kennt und schließlich auch nicht kennen kann. Dann aber hätte er sich von Sachverständigen belehren lassen sollen, wenn er mit seinem Verlangen mehr als seine Abneigung gegen den Achtstundentag zum Ausdruck bringen wollte.

In Nummer 13 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir das Urteil des Großindustriellen Herrn Bösch (Stuttgart), über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Achtstundentages wiedergegeben. Herr Bösch weiß aus eigener Erfahrung, nicht nur, was es heißt, tagtäglich, jahrein, jahraus mit langer Arbeitszeit im Betriebe tätig zu sein, er weiß auch, daß eine kurze Arbeitszeit das Arbeitsergebnis günstiger gestaltet als eine lange Arbeitszeit. Deshalb erklärt dieser Unternehmer, der Achtstundentag ist nicht nur zulässig, er ist eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit.

Wenn es schon soweit ist, daß die Beseitigung des Achtstundentages sozusagen an die Spitze eines Regierungsprogramms gestellt werden soll, dann braucht man sich über den wütenden Ansturm der Unternehmer gegen den Achtstundentag allerdings nicht zu wundern. Dr. Abenauer hat den Neunstundentag verlangt. Noch ein bißchen weiter geht der Gesamtverband des Textilmaschinenbaues, der den Zehnstundentag für notwendig hält. Aber das Maß der Verlängerung bestehen also noch kleine Meinungsverschiedenheiten, in dem Verlangen auf Beseitigung des Achtstundentages sind sich Unternehmer und Bürgertum aber einig. Es wäre ganz interessant und auch lehrreich für unsere Leser, wenn alle Beschlüsse von Unternehmerorganisationen und Zeitungsnotizen, die eine Verlängerung der Arbeitszeit fordern, hier mitgeteilt werden könnten. Das geht aber nicht; dazu langt der Raum unserer Zeitung nicht aus.

In einer Versammlung des Verbandes sächsischer Industrieller, die kürzlich in Dresden stattgefunden hat, ist verlangt worden, daß „Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Industrie stattfinden, um das Problem des Arbeitstages“ zur Lösung zu bringen. Diese „Lösung“ denken sich die Unternehmer natürlich in einer Verlängerung der Arbeitszeit. Und dabei rechnen sie auf die Mithilfe der Gewerkschaften!

Die Arbeiter haben allen Grund, den Ansturm der Unternehmer und des Bürgertums gegen den Achtstundentag ernstzunehmen. Der Abwehrkampf bedarf der Mithilfe aller Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Geschlossenheit und Einigkeit der Gewerkschaften ist heute nötiger denn je.

Berechnung der Erwerbslosenunterstützung für Kurzarbeiter.

Nach der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge haben Kurzarbeiter Anspruch auf Unterstützung, sofern 60 Prozent ihres Wochen- oder Doppelwochenarbeitsverdienstes unter dem Unterstützungsbetrag bleibt, den sie bei völliger Erwerbslosigkeit erhalten würden. In diesem Falle erhalten die Kurzarbeiter Unterstützung in Höhe des fehlenden Betrages. Wenn also ein Arbeiter wöchentlich nur 24 Stunden arbeitet und für diese Zeit 144 Mk. Lohn erhält und bei völliger Erwerbslosigkeit mit Familienzuschlägen 152 Mk. Unterstützung bekommen würde, hat er Anspruch auf 45,60 Mk. Unterstützung. Dies ist der fehlende Betrag zwischen 60 Prozent von 144 Mk. gleich 86,40 Mk. und 152 Mk. Wird die Betriebseinschränkung in der Weise durchgeführt, daß eine Woche voll gearbeitet und die folgende Woche gefeiert wird, so werden Verdienst und Unterstützung auf die Doppelwoche verteilt. In diesem Falle würde der als Beispiel angenommene Kurzarbeiter zu seinem Verdienst noch 91,20 Mk. Unterstützung für die zwei Wochen erhalten. Durch die Zusammenrechnung der beiden Wochen kommt der Arbeiter schlechter weg, als wenn er für die arbeitslose Woche die volle Erwerbslosenunterstützung bekommen würde.

In vielen Betrieben ist die Beschäftigung so stark eingeschränkt, daß einer vollen Arbeitswoche zwei Feiertage folgen. Diese zweite Feiertage ist von vielen Gemeinden für sich berechnet worden, das heißt, für diese Woche wurde die volle Erwerbslosenunterstützung gezahlt. Dagegen wendet sich jetzt der preussische Minister für Volkswohlfahrt. In seinem Bescheid zu dieser Angelegenheit, der in Nr. 15 des „Reichs-Arbeitsblatt“ abgedruckt ist, stellt er für die Berechnung der Unterstützung für Kurzarbeiter folgende Grundzüge auf:

Falls nach jeder Arbeitswoche zwei Feiertage folgen, sind solange als möglich Kurzarbeiterunterstützungen auf der Grundlage der Doppelwoche zu gewähren, also sind zusammenzufassen:

Die 1. Arbeitswoche mit der 1. Feiertage und die 2. Feiertage mit der folgenden Arbeitswoche.

Die 3. Feiertage, ebenso die 5., 7., 9. und so fort werden nicht mit Arbeitswochen zusammengefaßt. Für diese Feiertage können die volle Erwerbslosenunterstützung, und zwar ohne Wartezeit, gewährt werden (s. Art. 1, Ziffer 4 der Verordnung vom 6. Mai 1920 — RM. S. 87).

Die 4., 6., 8. usw. Feiertage ist mit der ihr jedesmal unmittelbar folgenden Arbeitswoche zu Kurzarbeiterperioden wie die ersten beiden Wochen zusammenzufassen.

Falls nach jeder Arbeitswoche drei Feierwochen folgen, ist jedesmal die Arbeitswoche mit der ihr folgenden Feierwoche zu einer Kurzarbeitsdoppelwoche zusammenzufassen...

Wenn diese Grundsätze in den Gemeinden durchgeführt werden, geschieht dies zum Nachteil der Kurzarbeiter. Es entspricht nach unserer Meinung dem Gesetz und vor allem auch der sozialen Notwendigkeit...

Die sozialen Baubetriebe.

In einer Verbandsversammlung des Verbandes sozialer Baubetriebe wurde über den gegenwärtigen Stand der Bauhüttenbewegung berichtet. Danach bestehen zurzeit mehr als 170 soziale Baubetriebe mit 20 000 beschäftigten Arbeitern...

Über das Verhältnis der sozialen Baubetriebe zu den privatkapitalistischen Betrieben wurde aus allen Teilen Deutschlands übereinstimmend berichtet, daß die Existenz der sozialen Baubetriebe in den verschiedensten Orten zu einem wesentlichen Sturz der Baupreise geführt hat...

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 22. Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig geworden.

In Neubartelsdorf und Gitzlebmen (Gau Ostpreußen), Strasburg i. d. Uckermark (Gau Stettin) und Aglasterhausen-Unterschwarzach (Gau Stuttgart) wurden neue Zahlstellen gegründet.

Gemäß § 13 des Statuts ist den nachstehenden Zahlstellen die Genehmigung erteilt worden, zu den nachstehend aufgeführten ordentlichen Verbandsbeiträgen von den Mitgliedern einen Lokalbeitrag in der angegebenen Höhe obligatorisch zu erheben:

Table with 3 columns: Zahlstelle, Ordentlicher Beitrag in Pf., Lokalbeitrag in Pf. Rows include Götze, Jauerburg, Schlegel, Seegefeld, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.

Der Vorstandsvorsitzende

Zentralkommission der Musikinstrumentenarbeiter.

Der Zentralkommission wurden aus 36 Städten Berichte über das vergangene Jahr sowie über die Zustände in der Musikindustrie eingehend. Denn es auch die namhaftesten Orte sind, so ist es doch unbedingt erforderlich, daß alle Sections- und Branchenvorstände ihre Pflicht erfüllen...

Das vergangene Jahr war recht schwer, denn gleich nach dem Neujahr hatte die schlechte Geschäftslage ein. Wenn auch im Juli größere Entlassungen abgewehrt werden konnten, so konnte es doch in der Folge nicht mehr verhindert werden, und ein Teil der Kollegen und Kolleginnen mußte den bitteren Krieg leeren.

Die den eingegangenen Berichten ergibt sich, daß in den 36 Zahlstellen von der Mitte des Jahres 1920 19 823 Personen beschäftigt waren. Bis zum 1. Januar 1921 war diese Zahl auf 14 442 zurückgegangen, und von diesen arbeiteten 6 770 mit vollständiger Arbeitszeit.

Die Zahl der Entlassenen war der größte Teil weiblichen Geschlechts. In Berlin gibt es momentan in der Einbaumindustrie, was ein kürzenhafter Teil, wo Geigen und Musikinstrumente hergestellt werden, sehr böse Aussichten.

Die Zukunft sehr trübe aus. In der Frage der Arbeitslosigkeit hat es die Kollegenchaft erfreulicherweise verstanden, sich derselben in weiterem Umfang zu erwehren. Dieses System dient ja letzten Endes auch nur dazu, die Arbeitslosigkeit zu vermindern und eine größere industrielle Reservearmee zu schaffen.

Die Ursache dieses schlechten Geschäftsganges ist zu suchen in den Sanktionen, in der Luxussteuer, dem guten Willen hauptsächlich verschiedener bestimmender Großindustrieller und in der steigenden Konkurrenzfähigkeit des Auslandes. Was die ersten zwei Punkte anbelangt, so ist ja die Arbeiterschaft dabei, soweit es sie angeht, die Schäden zu beseitigen.

Ein erfreuliches Zeichen bei all dem Trüben ist es, daß die Kollegenchaft treu zum Verbandsstand hält. Sie erblickt in der Organisation das Instrument, welches nicht nur einige Pfennige Lohnerhöhung bringt, sondern darüber hinaus auch Stütze in schwerer Zeit ist und Kampfboden für die idealen Ziele der gesamten Arbeiterschaft.

In der Frage der Luxussteuer steht die Zentralkommission im schriftlichen Austausch mit dem Hauptvorstand. Unsere Auffassung deckt sich insofern mit der des Hauptvorstandes, daß diese Frage im Interesse der gesamten Holzarbeiter gelöst werden muß.

Die Zentralkommission. J. A. Walter Dietrich, Leipzig-Connewitz, Bötzinger Straße 188, III.

Korrespondenzen.

Mtenberg. In den ersten Wochen der Revolution kamen auch die hiesigen Kollegen und Kolleginnen zu der Einsicht, daß sie sich organisieren müssen, wenn sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen. Alle Beschäftigten im Holzgewerbe wurden Mitglieder unseres Verbandes...

Roburg. (Korbmacher.) Seit dem 1. Juni wird hier ohne Vertrag gearbeitet, da die Unternehmer ihn gekündigt haben. Den Unternehmern ist es in der Hauptsache um die Vereinfachung der Ferien zu tun. Sie stellen an uns das Verlangen, den Ferienparagraphen zu streichen...

Königsberg a. d. Elbe. In der Versammlung am 22. Mai sprach Gammorheher Kollege Benzelt (Dresden) über das staatliche Schlichtungswesen. Dann gab der Bevollmächtigte einen Bericht über den letzten Streit auf der Werft und über die gegenwärtigen Verhältnisse dort.

Berch. Unser zweiter Bevollmächtigter, Kollege Johann Schaffmeister, ist im Alter von kaum 30 Jahren gestorben. Wir betrauern den Verlust eines treuen Kollegen, der seit drei Jahren der Ortsverwaltung angehörte...

Stimmen zum Verbandstag.

Arbeitsgemeinschafts- oder Klassenkampfpolitik? Unter diesen Zeichen wird der Verbandstag in Hamburg tagen. Der letzte Verbandstag hat so bereits die Duvertüre zu diesem Thema aufgespielt, und zwar unter Punkt 7 der Tagesordnung: Neue Aufgaben des Verbandes in der neuen Zeit...

der Arbeitsgemeinschaft voll und ganz der Ansicht des Kollegen Köhner (Düsseldorf) an, welche er in Nr. 20 der 'Holzarbeiter-Zeitung' präzisiert hat, allerdings mit dem Wunsch, daß die Delegierten des Verbandstages sich diese Ansicht zu eigen machen und auch für die Anträge Berlin, Nimbach, Rosenheim, Zeulenroda und Werbau eintreten.

Die wichtigste Frage, welche der Verbandstag zu entscheiden hat, ist die: Wie können wir eine Umstellung unserer Gewerkschaftspolitik im Interesse aller Mitglieder Deutschlands erfolgreich durchführen? Die gegenwärtige politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands, hervorgerufen durch die Folgen des völkerverachtenden, länderverwüstenden Weltkrieges...

Soll nun aber Klassenkampfpolitik als Grundsatz in einer Gewerkschaft gelten, so ist es vor allen Dingen nötig, Zeit und Mittel dazu in Bereitschaft zu halten, da nun aber die Unterhaltungsanstaltungen gegenwärtig die Gewerkschaften gewaltig mit Arbeit, Zeit und finanziellen Mitteln belasten...

Sollen die Mitglieder der Gewerkschaften zu Kämpfern erzogen werden? Der Kampf, der heute von den Kommunisten in den Gewerkschaften geführt wird, wird von denen, die die Kommunisten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, als gewerkschaftszerstörend bezeichnet.

Der Kampf, der heute von den Kommunisten in den Gewerkschaften geführt wird, wird von denen, die die Kommunisten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen, als gewerkschaftszerstörend bezeichnet. Daß der Kampf in den Gewerkschaften um dieselben selbst es ist, welcher jeder und wird auch von keinem kommunistischen Gewerkschaftler geleugnet. Es kommt bloß darauf an, ob es wahr ist, daß die Kommunisten die Gewerkschaften zerstören wollen.

Was wollen denn die Kommunisten in den Gewerkschaften anders als dafür Tag für Tag kämpfen, anknüpfend an alle Tagesnöte der Arbeiterklasse. Was nicht denn die beste Forderung des A. D. G. B. an eine kapitalistische Regierung, wenn derselbe nicht die lebendige Kraft der Millionen Gewerkschafter dafür in die Bagatelle werfen kann. So ist es auch mit den 10 Forderungen. Dieselben werden nie erfüllt werden, wenn es nicht verstanden wird, die Forderungen für ein bestimmtes Ziel zu begeistern und in Bewegung zu bringen. Aus dem Allensberger Gewerkschaftskongress 1919 wurde ein offenes Bekenntnis zum Sozialismus zum Ausdruck gebracht. Dieses ist heute das Schöne und Ziel von Millionen. Daß derselbe nicht mit, sondern gegen das Bittgertum durchgesetzt werden muß, wissen doch auch die Gewerkschaftsführer, die keine Kommunisten sind. Was ist's denn nun, was uns hindert, die Wünsche und Ziele der Massen zu verwirklichen? Massenorganisationen sind da. Die Kommunisten sind gewillt, in diesen in vordefester Nähe zu kämpfen. Kann es doch bloß eins sein, das ist der fehlende Wille zur Tat bei den Führern, die nicht die Verantwortung tragen wollen. Dabei vergessen diese Führer eins: Das ist, daß die Massen zu zweifeln beginnen nicht nur an den Führern, sondern auch an der Sache. In Berlin sind mit einem Schlage 20.000 Metallarbeiter aus dem Metallarbeiter-Verband ausgetreten. Die zweitgrößte Organisation, welche dem A. D. G. B. angeschlossen ist, der Landarbeiter-Verband, hat einen außerordentlichen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Andere Organisationen folgen. Unser Verband hat ähnlich dem einen Rückschlag zu verzeichnen. Wird denn da nicht verstanden, daß die bisher gepflogene Gewerkschaftspolitik nicht dazu angetan ist, um die Massen bei der Fahne zu halten. Die Massen kamen doch zu den Gewerkschaften, weil sie glaubten, mit diesen Organisationen sei es möglich, die kapitalistische Ordnung zu brechen. Die Tuse nach den Industriearbeitern erfolgt nicht bloß deshalb, damit eine andere Organisationsform gefunden wird, sondern um eine ganz andere Kampfmethode zu schaffen. Daß auch nicht bloß dieses, sondern auch vieles andere, was unmöglich in einem Artikel angeführt werden kann, geändert werden muß, ergibt sich schon aus der vollständig veränderten Wirtschaftslage. Heute handelt es sich tatsächlich um den Kampf um die ökonomische Macht. Daß diese nicht allein ergriffen werden kann dadurch, daß die besten Unterrichtskurse abgehalten werden, sollte schließlich auch denen, die vom Kommunismus keine Ahnung haben, einleuchten. Hoffentlich haben wir auf dem Verbandstage Gelegenheit, uns mit all den Fragen zu beschäftigen, mögen die, welche die Interessen von hunderttausenden Kollegen zu vertreten haben, sich leiten lassen von dem einen Gedanken: „Die Befreiung der Arbeiter kann nur ihr Werk selbst sein.“

Richard Müller, Halle a. S.

Aus der Holzindustrie.

Holzhäuser für Nordfrankreich.

Von dem Plane der Lieferung von 25000 Holzhäusern nach Nordfrankreich, dem die französische Regierung im Prinzip zugestimmt hätte, haben wir bereits Notiz genommen. Zur näheren Besprechung des Projekts hat sich eine Sachverständigenkommission unter Führung eines Vertreters des Wiederaufbauminstertums nach Paris begeben. Vorläufig ist der Plan kaum in den reibesten Umrissen aufgestellt. Wenn auch von stahlen Holzhäusern die Rede ist, so steht doch über deren Beschaffenheit noch nichts fest. In jedem Falle schätzt man den Verbrauch von Kautscholz auf 30 bis 40 Millionen Kubikmeter, und demnach den Gesamtbedarf auf fast eine Million Kubikmeter Kautscholz. In einem anderen Fachblatt wird davon ausgegangen, daß ein Haus mit zwei Geschossen und durchdringlich über Wohnungen etwa 100 Kubikmeter Holz erfordert, so daß eine Gesamtmenge von 25 Millionen Kubikmeter in Frage käme.

Es ist aber noch gar nicht gesagt, daß es sich um Holzhäuser handeln wird. In den Verhandlungen in Paris soll sich ein Vertreter der Mannesmannwerke teilnehmen, der die Herstellung von Häusern nach einem patentierten Prototypenverfahren empfehlen wird. Gleichviel welche Lösung herbeigeführt werden wird, es noch einige Zeit dauern, bis mit der Ausführung begonnen werden kann. Vor erst liegt aber ein Ansuchen an die deutsche Regierung, Anträge zu machen, noch gar nicht, sondern man will im französischen Wiederaufbauminstertum erst hören, was Deutschland unter der Lieferung versteht und wie es sich dieselbe vorstellt. Darüber wird also zunächst verhandelt. Dann würden im günstigen Fall Verhandlungen über die in Frage kommenden Typen und vor allem über die Preise folgen. Nach dem Vorgang bei den Verhandlungen über die Holzlieferung muß damit gerechnet werden, daß das eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen kann. So sehr wir auch wünschen, daß das Geschäft bald in die Wege tritt, so muß doch vor übertriebenem Optimismus gewarnt werden. Mit einer schnellen Quantifizierung der Arbeit darf jedenfalls nicht gerechnet werden.

Wesentlich muß es auch stimmen, daß der französische Außenminister Loucheur die deutsche Meldung demontieren läßt, nach der er sich mit der Regierung in Deutschland über die Lieferung von Holz in einem bestimmten Abschnitt des zerstörten Gebietes grundsätzlich einverstanden erklärt habe. Er hätte Deutschland nur ersucht, greifbare Vorschläge zu machen, die Frage des grundsätzlichen Einverständnisses aber nach offen gelassen. Eine wie eine hindernde Verpflichtung sowohl hinsichtlich der Menge von Holzhäusern als auch wegen der Verwendung der Arbeitskräfte im Kriegsbau, liegt also nicht vor. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen zum Ziele führen. Es wäre verfehlt, mit diesen Aufträgen jetzt schon als mit einer vollständigen Tatlage zu rechnen.

Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium über die Notlage im Drechslergewerbe.

Am 24. Mai fand im Reichswirtschaftsministerium eine Beratung über die Maßnahmen statt, die zu einer durchgreifenden und dauernden Verbesserung der Lage im Drechslergewerbe führen können. Außer Vertretern des Reichswirtschaftsministeriums, des preussischen Landes-

ministeriums und der bayerischen Regierung nahm auch ein Vertreter des Reichskunstwarts sowie der Präsident Rahardt der Berliner Handwerkskammer an den Verhandlungen teil. Vom Drechslergewerbe waren zwei Vertreter des Verbandes der Drechslmeister Deutschlands und einige Arbeitervertreter unter der Führung der Zentralkommission der Drechsler erschienen.

Aus den einleitenden Worten des Verhandlungsleiters, Herrn Geheimrat Wessig, ging hervor, daß das Reichswirtschaftsministerium, veranlaßt durch die große Kundgebung für den Wiederaufbau des Drechslergewerbes, die am 7. November 1920 in Berlin stattfand, eifrig bemüht war, über die Notlage des Drechslergewerbes und die Maßnahmen zu ihrer Abhilfe Material zu sammeln. Es war geradezu überraschend, wie treffend die Beurteilung des Drechslergewerbes durch die amtlichen Stellen ist. Allerdings ist hierzu das Material, das die Zentralkommission der Drechsler in reicher Weise veröffentlicht hat, stark benutzt worden. Weiter lag ein Gutachten des Handwerkskammer-tages sowie eine Denkschrift des Reichskunstwarts über die Stellung des Drechslergewerbes vor, die gleichfalls davon zeugten, daß die von der Zentralkommission der Drechsler ergriffene Initiative zur Erneuerung des Drechslergewerbes eine tiefe Beachtung bedeutender und zur Beurteilung der Sachlage maßgebender Stellen im Reich gefunden hatte.

Die von allen anwesenden Vertretern des Gewerbes gemachten Ausführungen haben zweifellos zu einer wertvollen Ergänzung des bereits vorhandenen Materials geführt. Die vorgetragenen Wünsche lassen sich wie folgt zusammenfassen: Gewährung finanzieller Erleichterungen zur Arrangierung von Ausstellungen und Beschäftigung der Leipziger und Frankfurter Messen und der Gewerbeschau München 1922; Unterstützung der deutschen Fachschule für Drechsler und Bildschnitzer in Leipzig; Gewährung von Stipendien an begabte Drechslerhandwerker zur Ermöglichung des Fachschulbesuches; Unterstüfung der Drechslerschule; Erteilung von Maßnahmen zur Verbilligung der Rohstoffe; Vergünstigung bei der Ausfuhr von Drechslerwaren; Beseitigung oder Milderung der Luxussteuer; Bereitstellung von Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Unterstützung des Drechslerhandwerks; von berufener Seite (Reichskunstwart) Veröffentlichung von Propagandaartikeln über die Bedeutung der Drechslerkunst in den kunstgewerblichen Fachzeitschriften. Eingehend wurden diese Wünsche in längeren Ausführungen begründet.

Die Vertreter der Regierung wiesen in ihren Ausführungen auf die besonders unglückliche Wirtschaftslage im Reich hin, weshalb sie vor übertriebenen Hoffnungen in bezug auf finanzielle Unterstützung aus Staatsmitteln warnten. Die einzige Möglichkeit sei, Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge locker zu machen. Auch die Erwartungen bezüglich der Erhebung oder Milderung der Luxussteuer dürften nicht so hoch gestellt werden. Die Regierung könne hierin nur auf konkrete Vorschläge eingehen. Wegen finanzieller Beihilfe an die Leipziger Fachschule müßten die Organisationen des Handwerks (Handwerkskammern) eingreifen. Das Handwerk müsse für beste Qualitätsarbeit bemüht sein, um die Ausfuhr steigern zu können. Die Ausfuhrmöglichkeit sei noch nicht genügend beachtet, was jetzt besondere Aufgabe des Gewerbes sein müsse. Wegen geeigneter Entwürfe für das Drechslergewerbe werde sich das Ministerium mit dem Kunstgewerbe in Verbindung setzen.

Der Vertreter des Reichskunstwarts betonte ausdrücklich, daß das Handwerk unbedingt dafür sorgen müsse, daß die Qualität der Arbeit fortwährend gesteigert wird, und daß das Publikum ständig auf die Vorzüge von Drechslerarbeiten hingewiesen werden muß. Durch diese Verhandlungen allein kann ein greifbarer Fortschritt zur Verbesserung des Drechslergewerbes nicht erwartet werden, trotzdem waren sie nicht wertlos. Nicht mit Unrecht konnte ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums und auch der Präsident der Berliner Handwerkskammer betonen, daß bis vor kurzem durch das Handwerk selbst nichts getan ist, damit es aus der Misere der letzten Jahrzehnte kommt. Das ist leider nur allzuwahr. Denn hätte die Zentralkommission der Drechsler keine Maßnahmen ergriffen, um die Öffentlichkeit auf die große Notlage eines ehemals bedeutenden Kunsthandwerks hinzuweisen, so lebten auch heute noch die Innungsmeister, die sich so gern als die berufenen Träger des Drechslerhandwerks betrachten, in völliger Unkenntnis davon. Das beweist auch das noch jetzt abnehmende Verhalten vieler Drechsler-Innungen, auch ihrerseits wie die Berliner Maßnahmen zur Hebung ihres Handwerks zu treffen.

Es sind hinreichend Garantien vorhanden, daß die bisher geleistete Arbeit, deren Kosten in jeder Beziehung fast nur die Gehilfenvertreter getragen haben, im Interesse des gesamten Drechslergewerbes von einem vollen Erfolg gekrönt sein wird.

Verbandstag des Verbandes der Holzarbeiter Österreichs.

Mit seinem 13. Verbandstag, der vom 15. bis 18. Mai d. V. in Wien stattfand, hat der Österreichische Holzarbeiter-Verband den ersten Verbandstag nach dem Weltkriege abgehalten. Infolge des Diktats der Entente umfaßt das heutige Österreich ein erheblich kleineres Gebiet als früher, wodurch auch das Tätigkeitsgebiet des Verbandes dementsprechende Einschränkungen erfahren hat. So ist es auch gekommen, daß sich inzwischen in dem neuen Reich der Tschechoslowakei aus den früheren Mitgliedschaften des Österreichischen Holzarbeiter-Verbandes in den deutschen Bezirken eine eigene Organisation, mit dem Sitz in Reichensberg, gebildet hat, die namentlich durch ihren Vorsitzenden Ujapal als Gast auf dem österreichischen Verbandstage in Wien vertreten war. Weiter waren von ausländischen Organisationen erfahrene Kollegen Moubenberg (Holland), zugleich als internationaler Sekretär der Holzarbeiter, von Ungarn S. Propper und von Deutschland W. Schatzgaff.

Aus dem Vorstandsbericht an den Verbandstag geht hervor, daß der Verband trotz der vielen Schwierigkeiten, die er auch noch nach dem Kriege zu überwinden hatte, sich gut entwickelt hat. Während er im früheren Österreich mit seinen 57 Millionen Einwohnern vor Ausbruch des Krieges etwa 28.000 Mitglieder zählte, beträgt jetzt, wo das ganze Reich nur noch sechs Millionen Einwohner hat, die Mitgliederzahl 31.000. Davon entfallen auf Wien allein etwa 18.000.

Nach einer amtlichen Berufszählung im Jahre 1912 waren in dem Gebiete des jetzigen Österreichs 72.000 Holzarbeiter beschäftigt, ihre Zahl dürfte heute nicht geringer sein, da die Holzindustrie inzwischen sich weiter ausgedehnt hat.

Österreich leidet besonders stark unter dem Diktatfrieden; viele wichtige Produkte, wie Kohle, Baumwolle, Lebensmittel u. a. m., braucht es vom Auslande, ist aber mit der Einfuhr vom guten Willen der Entente abhängig. Darum kam auch auf dem Verbandstage ein Appell an die Arbeiter der Weststaaten zum Ausdruck, sich dafür einzusetzen, daß das Joch durch den Friedensvertrag bald wieder beseitigt werde. Am günstigsten noch haben die Verhältnisse bisher für die Holzindustrie gelegen. Einmal dadurch, daß das Holz dem eigenen Lande entnommen werden konnte, die Industrie also nicht auf Einfuhr des Rohmaterials vom Auslande angewiesen war, zum anderen kommt dagegen der Ausfuhr ihrer Fabrikate der ungemein niedrige Stand des österreichischen Geldes sehr zustatten. Arbeitslosigkeit ist deshalb auch unter den Holzarbeitern bisher wenig aufgetreten. Die günstige Konjunktur vermag jedoch die sonstigen ungünstigen Verhältnisse nicht auszugleichen. Wenn auch die Löhne gegenüber früher ganz erheblich gestiegen sind und zum Teil Stundenlöhne von 50-60 Kronen und noch darüber erzielt werden, so kommt dies doch noch nicht an die Steigerung der Preise für die nötigsten Bedarfsartikel und Lebensmittel heran. Alle Kräfte des Verbandes sind darum auch ständig von Lohnbewegungen in Anspruch genommen gewesen. Der Verbandstag hat nun durch Annahme einiger Urträge besondere Vorzüge getroffen für die nötige Aufklärung und Weiterbildung der Mitglieder. Diesem gleichen Zwecke diente auch ein instruktives und sehr befallig aufgenommenes Referat des Genossen Hanusch über die Aufgaben und Organisation der Betriebsräte.

Beschlossen wurde weiter eine wesentliche Erhöhung der Beiträge. Anstatt der vier Beitragsklassen seither sollen in Zukunft nur noch drei bestehen; in der ersten Klasse wurde der Beitrag auf 22 Kronen, in der zweiten auf 18 und in der dritten auf 12 Kronen pro Woche festgesetzt. Daneben werden in verschiedenen Ortsgruppen noch besondere Beiträge für lokale Zwecke oder auch zu Zuschlägen zur Streikunterstützung erhoben. Der erhöhte Verbandsbeitrag soll hauptsächlich der Erhöhung der Streikunterstützung sowie zur Vertretung der stark gestiegenen Ausgaben für Agitation und Verwaltung dienen. Bemerkenswert ist noch, daß die Krankenunterstützung vom Verband mit dem Inkrafttreten des neuen Statuts in Fortfall kommt.

Abgesehen von Meinungsverschiedenheiten über die besten Mittel und Wege, für die Berufscollegen bessere Lebensverhältnisse herbeizuführen, hat auf dem Verbandstage volle Einmütigkeit über die Notwendigkeit der Erhaltung der Einheit und Geschlossenheit der Organisation und ihres weiteren Ausbaues geherrscht. Einen politischen Richtungsstreit kennt man im Österreichischen Holzarbeiter-Verband nicht, und das gewiß nicht zu dessen Schaden.

Ss.

Eine Fachschule für Bürsten- und Pinselmacher in Schönheide.

Der Gedanke, in Schönheide eine Fachschule für die Bürsten- und Pinselmacher zu errichten, ist nicht neu. Die Ausführung scheiterte in der Hauptsache an dem Widerstand der Unternehmer, die in dem früheren Gemeinderat eine starke Stütze fanden. Nunmehr hat sich der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der Frage befaßt, und in einer umfangreichen Denkschrift an die sächsische Regierung die Errichtung einer Fachschule verlangt. Die Denkschrift behandelt: 1. die Ausbildung der Jugendlichen einst und jetzt; 2. schulische Ausbildung in der Zukunft; 3. Gestaltung der Fachschule und ihr bezirklicher Wirkungsbereich; 4. die voraussichtlichen Kosten und ihre Ausbringung.

Es ist eine Tatsache, daß der überwiegende Teil der in der Bürstenindustrie beschäftigten Arbeiter nicht in der Lage ist, den Werdegang einer Bürste oder eines Pinsels zu beschreiben. Sie kennen nicht die Rohstoffe und die Behandlung derselben. Bei der modernen Produktion wird die intime sachliche Ausbildung nicht mehr geblibt. Teilarbeiter sind entstanden, die nur auf eine gleiche Arbeit eingestellt werden und sich nicht um andere Arbeitsrichtungen kümmern brauchen. Abgesehen von der geistigen und körperlichen Schädigung, die hierdurch entsteht, scheiden immer mehr die wirklichen Fachleute aus. Hier Wandel zu schaffen, ist Zweck der Fachschule. Andere Produktionsformen erfordern andere Ausbildung des Nachwuchses. An Stelle des fast ganz verschwundenen Handwerks mit seiner drei- bis vierjährigen sachlichen Ausbildung muß die Fachschule treten. Wir können die sachliche Ausbildung des Nachwuchses nicht dem Betriebsinhaber überlassen, der oft genug nur der Kapitalist ist, der von dem Beruf selbst nichts versteht.

Die Fachschule soll den jungen Leuten eine gründliche theoretische und praktische Ausbildung vermitteln. Die Schule würde für acht Semester der Bürstenindustrie in Betracht kommen. Von vier Duten liegen heute schon Zustimmungen vor. Die Schülerzahl würde ungefähr 200 männliche und 170 weibliche umfassen. Die Schule selbst soll mindestens zwei Klassenzimmer und vier Arbeitsäle, eine Kränzanlage sowie Räume für Lehrmittel enthalten. Der Unterricht muß obligatorisch, nach Jahrgängen geordnet sein, mit sechs bis acht Unterrichtsstunden wöchentlich. Zwei Berufslehrer und mindestens vier Fachlehrer würden notwendig sein.

Die einmaligen Kosten in Höhe von 1 Million Mark müßten durch eine langfristige Amortisation abgetragen werden. Staat, Gemeinde und Industrie tragen anteilig die Kosten. Zur Durchführung des Projektes ist die Gründung eines Schulverbandes vonnöten. Mit der sachlichen Ausbildung würde die Anpassung der Jugend an die ihr zuzukommende Arbeit erfolgen. Warenkenntnis würde sie sich aneignen, aber auch Arbeitsfähigkeit in allen sachlichen Angelegenheiten. Nicht zuletzt dürfte die Gewinnung an innerem Wert unserer Jugend zu nennen sein. Vor allem würde erreicht werden: Fachleute heranzuziehen für die modernen Produktionsformen. Nach Rücksprache mit maßgebenden Berufskörperschaften darf damit gerechnet werden, daß der erwähnte Plan der Gewerkschaften zur Verwirklichung heranreift.

H. R. i. a. b.

Für die Sozialisierung der Forstwirtschaft.

Am 15. und 16. Mai fand in Jena eine Reichskonferenz der Deutschen Landarbeiter-Verbande...

Die von den Forstarbeitern aufgestellten Forderungen decken sich mit den von unserem Verband...

Gewerkschaftliches.

Ein internationaler Transportarbeiterkongress.

Die „Internationale Transportarbeiter-Föderation“ eine für das gesamte Wirtschaftsleben bedeutungsvolle Organisation...

Der Zentralverband der Angestellten hat aus Anlaß seines in den Tagen vom 29. Mai bis 4. Juni in Weimar stattfindenden ersten Verbandstages eine Festnummer seines Verbandsorgans...

Literarisches.

Adolf Erik Freiherr von Nordenskiöld, Die Umsegelung Afrikas und Europas auf der Vega. (Volks- und Jugendausgabe als Band 9 der Sammlung „Reisen und Abenteuer“.)

Zentral-Kassen- und Sterbekasse deutscher Korbmacher G. S. Nr. 98, Sitz Leipzig. Kl. Ver.-Ver. a. Gegenseitigkeit.

Table with financial data: Bilanz, Einnahme pro 1. Quartal 1921, Kassenbestand vom 4. Quartal 1920, Ausgabe vom 1. Quartal 1921.

Gelder sandten folgende Filialen an die Hauptkasse in Magdeburg 200, Leipzig 100, Brandenburg 75, Liegnitz 68, Magdeburg 50, Kronach 150, Einzelmitglieder 100 Mt.

Zuschuß von der Hauptkasse erhielten: Zeig 150, Einzelmitglieder 100, Dresden 200 Mt.

German Wolf, Vorsitzender. Albert Zorner, Kassierer. Hermann Naumann, Adolf Dinter, Revisoren.

Gestorbene Mitglieder: Hermann Edmund Bloch, Drechsler, 60 J. Bismarckstr. 21. Ernst Seidel, Holzarbeiter, 59 J. Döllingstr. 35.

2 tüchtige junge Korbmacher auf Bajsch u. Reifeförbe, 2 tüchtige junge Gestellarbeiter...

TISCHLEREI An einen tüchtigen-unverheirateten Bau- und Möbeltischler ist eine Tischlerei (26 Jahre im Betrieb) zu verpachten...

UNIVERSAL-MASCHINE für Holzbearbeitung z. sofortiger Lieferung zu kaufen gesucht...

Werkzeug-Neuheiten! Ziehklingshobel, 70 mm Eisenbreite 16 Mk. Schrottelstiller, mit Aufreiber 5 Mk.

Hölzerne und eiserne Schabhobel, eiserne Hobelbankspindeln, eis. Fernlerbockspindeln, Hobelbankhaken...

Gebrauchst. Qualitäts-Gestell-Sägen mit 1a Qualität Silberstahlblättern, echter Handschraubenanlage...

Hobelbänke 250 cm lang 520 Mk., 200 cm lang 490 Mk. 180 " " 465 " 160 " " 445 " 150 " " 430 " 130 " " 420 "

Schöne Intarsien-Holzeinlagen für Möbel, Schatullen Maxim. Weiß, Würzburg 2. Unentbehrlich für jeden Kollegen ist das Fachbuch

„Der chemisch-technische Prozeß der Beizererei und Poliererei.“ Preis 10,- Mk. ohne Porto u. Nachnahme...

Holzbeizen in allen Farben 5 Mk. pro kg. Wachsbeizen in allen Farben 8 Mk. p. kg. Schellackmattine, hellblond 48 " p. Ltr.

HOLZKITZ reine Schellackware in allen Farben, Stange 2,25 Mark. G. HELWIG

Schellack kauft zu höchsten Preisen Stephan, Berlin NO 43, Neue Königstr. 87.

Leim, Schellack kauft Kischinat, Berlin O 112, Seumestr. 18 (Wismarplatz).

la Tafelleim, pro Kilo 14,- Mark, gibt ab Stephan, Berlin, Neue Königstr. 87.

la Tafelleim, kg 14 Mark, Ledermischleim 16 Mk., Lederleim 18 Mk. gibt ab Kischinat, Berlin O. 112, Seumestr. 18.

Schlagmetall kauft Kollege Willi Otto, Vergolder, Berlin SO 16, Köpenicker Str. 115.

Stuhlflechtrohr! Natur, halbglanz, beste Qualität, Nr. 2 Nr. 3 Nr. 4

67 Mk. 64 Mk. 57 Mk. pro Pfund. Von 2 Pfund portofrei, liefert sofort Walther, Dresden 22, Rehfelder Str. 53.

Neu! Soeben erschien für Stellmacher: Neu! J. Seldwabel: DER WAGENBAUER Lehr- und Hilfsbuch für Wagenbau und Automobilkarosserie...

Deutsche Drechsler-Zeitung Probenummern aca. 40 Pf. Dto. vom Verlag Leipzig-Gohlis, Strauß-Str. 4. Großer Arbeitsmarkt/Bezug 6,- Mark pro Vierteljahr.

Rose Handwagen

Vorguss nebst für die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Damit meine Wagen (Keller, Rosen u. Mühlentwagen) immer mehr in so mannlichen Rollen betreten und dadurch verbreitert werden...

Kurt Rose, Zeig, Brühl 25. Für Interessenten aus der Umgegend Lagerbestand jederzeit lohnend.

Patent Broschüre über Selbst-Anmeldung gegen Rückporto gratis von Ing. Berbig, Hannover, Georgstraße 13.

Tischlerfachschule Jilmenau i. Thür. Ausbildung schnell und gründlich! Auskult erteilt gegen Disziplin.

Tischlerschule Blankenburg (Hann) Ausbildung als Kalkulator, Werkmeister und Zeichner Meisterprüfung Programm frei. Dir. REINBRING.

Kunstgewerbliche Tischler-Fachschule Cöthen Erste deutsche Beiz- u. Poliermeisterschule. Spezialkurse für Betriebsbeamten Programm kost. nll. Die Direktion.

Schließt nur Versicherungen ab bei der Volksfürsorge Gewerkschaftl. - Genossenschaftliche Versicherung - Aktiengesellschaft HAMBURG